

Heute (1950) sind von einer Gesamtbevölkerung von 4156266 Einwohnern 1562863 Katholiken (34%), zu denen 266269 Katechumenen kommen (5%). 541322 sind protestantisch, und 2097360 gehören nichtchristlichen Religionen an.

Für die Katholiken gibt es eine Erzdiözese (Luanda) und vier Diözesen, in denen (1958) 128 Welt- und 291 Ordenspriester wirkten. Daneben gibt es 405 Schwestern.

Die Missionierung ist deswegen besonders schwierig, weil das Land dünn besiedelt ist (3 pro qkm) und weil die Bevölkerung, wenigstens der südlichen und östlichen Teile des Landes, wenig seßhaft ist. Insbesondere herrscht ein starker Priestermangel (1 auf 3634 Gläubige und 632 Katechumenen).

Die Haupttätigkeit der Kirche besteht im Erteilen von Unterricht. Sie unterhält 807 Knaben- und 162 Mädchen Schulen, die von 43683 Knaben bzw. 7742 Mädchen besucht werden.

„Der Kampf mit den Waffen ist eine wesentliche Voraussetzung — aber er ist nicht alles. Danach stellt sich, umfassend und schwierig, das Werk, an dem wir arbeiten müssen, das Vertrauen wiederherzustellen und die Liebe, wo der Haß regiert. Das ist das hohe und herrliche Ideal eines Vaterlandes, in dem viele Rassen leben. Es beruht auf der Gleichheit und der Gerechtigkeit, dem Frieden, der Harmonie und Eintracht, es beruht auf der Botschaft vom Frieden und von der Brüderlichkeit des Evangeliums.“ (*Igreja e Missão.*)

### *Die Katholische Akademie in Bayern*

Verhältnismäßig spät, zu einem Zeitpunkt, da die große Zeit der Akademien, meist evangelischer Herkunft, nahezu vorbei war, wurde die Katholische Akademie in Bayern gegründet, im Februar 1957. Sie hat ihren Sitz in München, hält ihre Tagungen jedoch nicht nur in der Landeshauptstadt, sondern im ganzen Land. Sie hat sich schnell durch eine Reihe von Tagungen einen Namen gemacht, der ihre Bezeichnung als Akademie vollauf rechtfertigt. Sie ist dabei nicht einem weltfremden Akademismus zum Opfer gefallen. Hier fand das erste öffentliche Gespräch zwischen Sozialisten und Katholiken statt, und die Würzburger Tagung über die Atomwaffen hat eine Reihe heftiger Reaktionen ausgelöst. Die Schriften der Akademie, bisher bei Karl Zink in München erschienen, werden nun vom Echter Verlag in Würzburg herausgebracht. Sie geben Zeugnis von dem hohen Niveau vieler ihrer Tagungen.

In einem guten Sinn akademisch, ist es der Akademie gelungen, der freien Diskussion im katholischen Raum viele Anregungen zu geben. Das gleiche versucht sie, wenn auch mehr auf dem Gebiet der eigentlichen Forschung, dadurch, daß ihr Wissenschaftlicher Beirat Preisarbeiten ausgibt. So stellte er im Jahr 1961 folgendes Thema: „Der Einfluß Hegels auf die katholische Dogmatik im deutschen Raum des 19. Jahrhunderts“. Als Preis sind DM 5000 ausgesetzt und die Bearbeitung muß bis spätestens 31. Oktober 1963 eingereicht werden.

Auf den Hintergrund des Einflusses, den die Aufklärung auf das theologische Denken ausgeübt hat, stellt sich die Frage, ob und wie die denkerischen Leistungen der modernen Philosophie zu einer Vertiefung der dogmatischen Gesamtschau und Einzeluntersuchung im 19. Jahrhundert beigetragen haben. An erster Stelle wäre zu erklären, in welchem Maß die Geistdialektik und die von ihr geprägte Religionsphilosophie Hegels in dem angedeuteten Sinn fruchtbar geworden sind.

Vom Bearbeiter sind die Einflußbahnen des hegelischen Denkens sowie ihre positiven und negativen Auswirkungen in der katholischen Dogmatik auf eine mehr systematische als bloß historische Weise zu verfolgen. Dabei käme es auch auf den Ertrag für die heutige dogmatische Forschung an. Möglich ist eine Struk-

turvergleichung im ganzen oder eine Motivvergleichung im einzelnen. Der Ansatz soll jedoch möglichst zentral sein. Die Ausführung soll eine repräsentative Breite anstreben. Der Rahmentitel darf entsprechend eingeengt und verdeutlicht werden.

Die Richtlinien für die Bearbeitung sind über das Sekretariat der Katholischen Akademie in Bayern, München 23, Mandlstraße 23, erhältlich.

### *Die freien Schulen in England*

In England begann sich der Staat erst verhältnismäßig spät um ein eigenes staatliches Schulwesen zu kümmern. Erst 1870 wurden staatliche Schulen errichtet, nicht ohne heftige Auseinandersetzungen über die Frage des Religionsunterrichts an solchen Schulen. Man einigte sich auf das sogenannte Cowper-Temple-Amendment, wonach für den Religionsunterricht an staatlichen Schulen kein von irgend-einer Konfession herausgegebener Katechismus verwendet werden durfte. Die Schulräte an jeder Schule sollten dafür sorgen, daß die Kinder täglich Religionsunterricht an Hand der Bibel erhielten, dem jedoch die Kinder einer religiösen Minderheit fernbleiben konnten. Auch die Schulpflicht wurde erst 1876 eingeführt.

Bis 1870 gab es keine staatlichen, sondern nur freie, meist von Kirchen unterhaltene Schulen, die der Staat seit 1832 finanziell unterstützte. Die Aufsicht über diese Schulen lag aber ausschließlich bei den Schulträgern. 40% aller Kinder besuchten die freien Schulen.

Mit Einführung der staatlichen Schulen hörte die staatliche Unterstützung für die freien Schulen zum großen Teil auf. Trotzdem wuchs deren Zahl von 8798 im Jahr 1871 auf 14275 im Jahr 1902. In diesem Jahr betrug ihre Schülerzahl 3729261, während die staatlichen Schulen nur 2881155 zählten.

Zufrieden freilich war mit dem bestehenden Zustand niemand: die nicht mehr kirchlich Gebundenen, weil man an den Schulen die Bibel las; die Anglikaner und die Katholiken, weil sie unter der schweren finanziellen Last für ihre Schulen litten; die Nonkonformisten, weil es auf dem Land vielerorts nur anglikanische Schulen gab.

Unter Führung der Anglikaner entstand um die Jahrhundertwende eine starke Bewegung, die eine finanzielle Unterstützung für die freien Schulen forderte, so daß sich ihr die Regierung nicht mehr widersetzen konnte. Lord Balfour brachte im März 1902 eine Gesetzesvorlage ein, die wieder finanzielle Zuwendungen an die freien Schulen vorsah. Gegen den heftigen Widerstand der Liberalen, die seit eh und je für die Trennung von Kirche und Staat waren, und gegen die Nonkonformisten sowie gegen die National Education Association — die Debatte im Unterhaus zog sich über 49 Tage hin — erhielt die Vorlage im Dezember des gleichen Jahres endlich Gesetzeskraft. Aber auch dann leisteten die Nonkonformisten und einige andere Anhänger der laizistischen Schule heftigsten Widerstand, indem sie zu einem Steuerstreik aufriefen und jenen Anteil ihrer Steuern nicht bezahlten, der ihrer Meinung nach für die freien Schulen gedacht war. 1903 wurden nicht weniger als 37296 gerichtliche Aufforderungen in Steuersachen erlassen und 80 Personen wurden deswegen mit Gefängnisstrafen belegt. 1906 waren es nicht weniger als 72816 und 280 Gefängnisstrafen.

Der große Wahlerfolg der Liberalen im Jahr 1906 ist zum Teil ihrer ablehnenden Haltung in der Frage der finanziellen Hilfe an die freien Schulen zuzuschreiben. Dieser Sieg gab den Nonkonformisten Auftrieb, die nun versuchten, den Religionsunterricht an den Schulen überhaupt abzuschaffen. Aber ihr Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. So gaben sich die liberale Regierung und ihre nonkonformistischen Anhänger zufrieden, und die Dinge blieben beim alten, wie sie 1902 durch die Balfour Act geregelt worden waren.